13. August 1961 – die Macht der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden wurde geschützt

Ein Bild, das seinerzeit um die Welt ging: Angehörige der Kampfgruppen sichern am 13. August 1961 die westliche Seite des Brandenburger Tores Foto: ZB/Junge

Als Kampfgruppen der Arbeiterklasse vor dem Brandenburger Tor auf Friedenswacht zogen

Nach persönlichen Erinnerungen und zeitgenössischen Dokumenten aufgeschrieben von Hajo Herbell

Der Samstag war, was man einen normalen Tag nennt. In den Fabriken wurde gearbeitet. Auf den Feldern geerntet. Es war sommerlich heiß. Hochbetrieb herrschte in den Strandbädern und Ausflugslokalen. Und trotzdem wußte man, wie widersinnig das klang: ein normaler Tag in Berlin. Spannung lag in der Luft. Die Menschen waren voller Unruhe. Manche voller Angst. Die meisten voller Hoffnung. Viele voller Erwartungen ...

Die Nacht auf den 13. August – drückende Schwüle über dem Häusermeer. Viele waren spät zu Bett gegangen, in der Absicht, sich am Sonntag richtig auszuschlafen.

Aber andere waren wach. Manche ohne Rast seit Tagen auf den Beinen. Samstag, 16 Uhr, hatte Walter Ulbricht, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, die Befehle für Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der DDR zu Berlin (West) und zur BRD unterzeichnet. Er übergab sie Erich Honecker, der als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates von seinem Stab im Berliner Polizeipräsidium aus die Aktion leitete.

Kurz vor Mitternacht schrillten die Telefone. Um 00.00 Uhr wurde die Aktion ausgelöst. Man klopfte an Türen und Fenster. 01.00 Uhr hieß es für die Kampfgruppen der Berliner Arbeiterklasse: Alarm! Eine halbe Stunde später erging die gleiche Order an die Kampfgruppen der Bezirke Potsdam und Frankfurt. Die Hundertschaften rückten in die Bereitstellungsräume.

Diese miterlebte Nacht damals! 01.11 Uhr lief über die Fernschreiber der DDR-Nachrichtenagentur ADN eine Erklärung. Der entscheidende Satz: „Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird."

Genossen Kämpfer bildeten die erste Staffel

Gegen 02.00 Uhr begann die Sicherung der Staatsgrenze. Dabei bildeten die Kampfgruppen der Arbeiterklasse die 1. Staffel. Sie markierten die Grenzlinie mit dicken weißen Strichen. Hier in der Straßenmitte. Da entlang einer grauen Häuserfront. Dort über einen von Ahorn oder Pappeln gesäumten Platz. Woanders quer durch Laubenkolonien. Betonpfosten wurden eingerammt, Stacheldraht ausgerollt, spanische Reiter aufgestellt. Diese erste, wichtigste und aufreibende Arbeit leisteten eben sie – die Genossen der Kampfgruppen. Mit ihrem Mut, ihrem politischen Willen und ihrer militärischen Exaktheit schufen sie die Voraussetzungen für alles, was folgte.

Die Sicherung der Grenze der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft zur kapitalistischen Welt war in vollem Gange, als die 2. Staffel, die Volkspolizei und ihre Bereitschaften, in Aktion traten. Dann rückten eine motorisierte Schützendivision, Panzer- und Pioniereinheiten der Nationalen Volksarmee in die Hauptstadt ein. Heinz Hoffmann, seit 1960 Verteidigungsminister der DDR, erinnerte sich: „Ich weiß noch, wie wir damals Stäbe und Verbände der Volksarmee – durch bestimmte Truppenbewegungen getarnt – heranführten. Erich Honecker rief mich nachts an, gab mir die ‚X-Zeit' und sagte: ‚Die Aufgabe kennst du. Marschiert!'"

Als der Morgen graute, war die vom Imperialismus zwölf Jahre lang mißbrauchte offene Staatsgrenze gesperrt. 15.00 Uhr gesichert.

Schon gegen Mitternacht waren die führenden Funktionäre der Berliner Parteiorganisation zusammengerufen worden. Paul Verner, damals 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin, erläuterte die Lage. Er umriß die Aufgaben, die unmittelbar vor der Partei standen: Mobilisierung aller Genossen – 85 000 in der Hauptstadt. Aufklärung der Bevölkerung. Schaffung von Voraussetzungen für einen ungestörten Produktionsbeginn am 14. August. Sicherung von Arbeitsplätzen für die sogenannten Grenzgänger. Funktionäre des FDGB und der FDJ nahmen an der Beratung teil.

Überall riefen die Kreisleitungen die Sekretäre der Betriebs- und Wohnparteiorganisationen zusammen. Es gab exakte Informationen über die Ereignisse der Nacht. Nächste Schritte wurden festgelegt. Am Sonntagvormittag tagten in allen Kreisen die Parteiaktive. Gleiches in den anderen Parteien, in den Massenorganisationen, der Nationalen Front.

Seit 05.45 waren auf 28 S- und U-Bahnhöfen Agitatorengruppen im Einsatz. Sie verteilten Flugblätter mit den Beschlüssen der Regierung der DDR, der Volkskammer und der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Ein paar Stunden später rissen sich die Leute um unsere Zeitungen.

In zwölf Berliner Versorgungsbetrieben waren Gewerkschaftsfunktionäre im Einsatz. Für S- und U-Bahn wurden neue Fahrpläne in Kraft gesetzt und an den Bahnhöfen angeschlagen. Auf der Stadtbahn begannen und endeten die Fahrten in und aus Richtung Osten auf dem Bahnsteig C des Bahnhofs Friedrichstraße. Fünf andere Stationen wurden für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Für den Straßenverkehr galten festgelegte Übergänge, die nach drüben nur noch mit Genehmigung, von Westberlin in die Hauptstadt nur nach Vorlage des Westberliner Personalausweises passiert werden konnten. Schlupflöcher blieben nicht.

Ich unterhielt mich an der Bornholmer Straße mit zwei Genossen der Kampfgruppen, Walter Bölke und Theo Schroppa. Sie freuten sich, daß die entschlossene und wirksame Sicherung der Grenze den Provokateuren das Handwerk gelegt hatte.

In der Brunnenstraße 196 öffnete mir Frau Zeese, eine parteilose Arbeiterin, Bogenfängerin in einem volkseigenen Druckereibetrieb, die Tür. Sie erzählte, wie das Haus im Kriege zerstört und 1956 wieder aufgebaut worden war. „Sollen wir an dieses Haus und an das Haus, in dem wir alle wohnen, noch einmal den Brand des Krieges legen lassen? Wer eine reine Weste hat, kann ja zu uns kommen. Aber für Brandstifter macht jeder vernünftige Mensch die Türen dicht."

Höchste Zeit, daß es dreizehn schlug

Die Besatzung eines Schützenpanzerwagens, der in der Leipziger Straße Posten bezogen hatte, Unterleutnant Druschke und seine Genossen, drückten sich militärisch knapp aus: „Die Maßnahmen der Regierung sind gut. Sie sind eine richtige Antwort an die Kriegstreiber in Westberlin und Bonn. Es wurde höchste Zeit, daß es dreizehn schlägt."

Und wirklich: Eine Schlacht für den Frieden war gewonnen, ohne daß nur ein einziger Schuß gefallen wäre. Einige von drüben grölten im Nazijargon: „Dich möchte ich mit Benzin übergießen und dann anstecken." Damen, die ihrem Gewerbe am Kurfürstendamm nun nicht mehr nachgehen konnten, vergossen Tränen. Spekulanten sahen, daß ihnen die Felle davongeschwommen waren. Provokateure und Aufwiegler landeten in den Händen unserer Sicherheitsorgane. Aber auch für viele anständige Leute und ihre Familien, niemand leugnet das, brachte der 13. August Probleme, die persönlich nicht leicht zu bewältigen waren ...

Was übrigens die westlichen Stadtkommandanten betraf, so reagierten sie mit bemerkenswerter Gelassenheit. Ergebnis ihres Treffens am Vormittag: Es besteht keine Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens, da die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR weder die Interessen der Westmächte noch ihr Prestige berühren. USA-Präsident Kennedy, der zu dieser Zeit eine Reise mit seiner Yacht vorbereitete, sah – von Außenminister Rusk informiert – keinen Grund, seinen Ausflug zu verschieben ...

Eigentlich hatte es nur ein einziges Mißverständnis gegeben in der zurückliegenden Nacht. Im fernen Bonn entschloß sich nämlich der Staatssekretär Globke, nach gebührlichem Zögern, seinen Chef aus dem Schlummer zu wecken. Er teilte Bundeskanzler Adenauer mit, Nachrichten aus Westberlin deuteten auf „Truppenbewegungen in Ostberlin" hin. Und weil dieses Gehirn nicht anders denken konnte als in den Kategorien des gescheiterten konterrevolutionären Putsches von 1953, murmelte Globke dem Kanzler ins Ohr: Es sei dort offenbar wieder zu einem „Arbeiteraufstand" gekommen, der „niedergeschlagen" würde ...

Niedergeschlagen und durchkreuzt wurde tatsächlich einiges. Die „Politik der Stärke". Die Strategie des „roll back". Der Versuch, die DDR auszubluten. Sie in einem „kleinen Krieg", vielleicht nur einer „innerdeutschen Polizeiaktion" zu erobern.

Wie also kam es eigentlich zum 13. August? Ich habe wieder in den vergilbten Zeitungen von damals geblättert. Das Ganze liest sich wie ein Kriminalroman. Genauer gesagt: wie die Geschichte eines kriminellen politischen Anschlags gegen Frieden und Völkerrecht.

Gehen wir chronologisch heran: Nachdem es in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein wenig Hoffnung auf internationale Entspannung gegeben hatte, zogen 1960/61 wieder drohende Wolken des Krieges herauf. In Manövern der Bundeswehr und der NATO probte man die Aggression gegen die DDR – einen Zangenangriff aus dem Ostseeraum („Wallenstein"), vom Westen („Hold fast", „Side Step" und „Ulmer Spatz") sowie vom Süden („Winterschild"). Im März 1961 schrieb die „Wehrpolitische Rundschau": „Da die Möglichkeiten des Westens erschöpft scheinen, vom Osten ein Nachgeben zu erzwingen, bleiben nur die Möglichkeiten einer gewaltsamen Änderung des Status quo."

Zur gleichen Zeit versammelte sich eine illustre Gesellschaft – Kammgarnanzüge, Uniformen und Trachten der revanchistischen „Vertriebenenverbände". Der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands". Seine Aufgabe: Pläne zu schmieden, wie in der DDR nach der Zerschlagung der Arbeiter-und-Bauern-Macht der Kapitalismus restauriert werden sollte. Präsident Gradl: Ziel sei „die Verwandlung, die Transformation der sowjetischen Wirtschaftsordnung im Sinne freiheitlicher marktwirtschaftlicher Vorstellungen."

Im Klartext: Den Arbeitern der DDR ihre volkseigenen Betriebe wegnehmen. Den Genossenschaftsbauern den Boden wegnehmen. Und überhaupt: Endlich weg mit diesem ganzen Sozialismus auf deutschem Boden.

Aber wie zu diesem ersehnten Ziele kommen? Eine in ihrer Offenheit geradezu frappierende Antwort findet sich in der „Kölnischen Rundschau" vom 10. Juli 1961. Dort wurde gefordert, „alle Mittel des kalten Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr."

Im gleichen heißen Monat Juli stieg die Zahl der Verletzungen der Staatsgrenze der DDR sprunghaft an. Im Mai waren es 64 gewesen, im Juni 67, jetzt 106. Wie viele unserer guten Genossen sind dabei feige ermordet worden!

Glimmende Lunte am Pulverfaß Westberlin

Am 10. August inspizierte der Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa Mitte, BRD-General Speidel, die an der Staatsgrenze zur DDR eingesetzten Einheiten. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Heusinger, meldete, sieben Bundeswehr-Divisionen stünden bereit, „unverzüglich jede Mission auszuführen".

Also glomm die Lunte. Und das Pulverfaß? Eben Westberlin. Zynisch nannten westliche Politiker die Stadt die „billigste Atombombe". Den „Pfahl im Fleische der DDR". Die „Frontstadt". Ein ehemaliger Bürgermeister von Westberlin, Ernst Reuter, hatte lange vor dem heißen Sonntag im August der Welt emphatisch zugerufen: Schaut auf diese Stadt!

Aber was sah man denn, wenn man hinschaute, wenn man in Berlin lebte und wußte, wie dort 1960/61 ein „normaler Tag" beschaffen war? In Westberlin trieben nicht weniger als 80 Spionage- und Terrororganisationen ihr Unwesen. Um Unruhe in der Bevölkerung zu stiften, legten Westberliner Agenten Brände im Viehhof an der Leninallee. In der Humboldt-Universität. Werden die Jüngeren und Jungen verstehen, wie uns zumute war, die wir das sahen?

Es gab die erwähnten Grenzgänger – an die 60 000 –, die Tag für Tag über die offene Grenze nach Westberlin pendelten und sich – für einen Judaslohn in „harten Piepen" – ausbeuten ließen. Verkäuferinnen in Geschäften der Hauptstadt hängten damals Zettel in die Fenster ihrer Geschäfte, auf denen zu lesen stand: „Grenzgänger zu bedienen ist unter unserer Würde. Sie werden erst dann wieder bedient, wenn sie eine Arbeit in unserer Republik aufgenommen haben."

Im VEB Berliner Glühlampenwerk wurde am 1. August ein Komitee gegen Menschenhandel gebildet. Andere Betriebe folgten dem Beispiel. Ja, Menschenhandel. Von Konzernfilialen der BRD in Westberlin wurden Facharbeiter, Techniker, Wissenschaftler, Ärzte und andere nach Plan, listenmäßig erfaßt seit Jahren, abgeworben. Gewissenlose Profiteure kassierten Kopfprämien.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Professor Fritz Baade, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, errechnete, die Bundesrepublik schulde der DDR eine Summe von über 100 Milliarden Mark, und „unser Wohlstand ist eine Folge der Diskriminierung der DDR".

Dabei ging es in Wirklichkeit um Schlimmeres als bloß Diskriminierung. Was hatte damals ein Sprecher des Führungsstabes der Bonner Armee laut „Münchener Merkur", Ausgabe vom 24./25. Juni 1961, verlautbart? Es gelte, eine „Explosion" in der DDR herbeizuführen – „von der Sabotage der Produktion und des Verkehrs über eine Streikwelle bis zum regelrechten Volksaufstand".

Da haben wir es also wieder, das Stichwort! Das war es, woran Globke im Gespräch mit seinem Meister gedacht, worauf der gehofft hatte. Aber die Sache lief anders. Die DDR stand. Die Arbeiter in den Kampfgruppen und die an ihren Maschinen – standen. Die Volkspolizei, die Nationale Volksarmee – standen. Und sie schlugen sich in dem Sinne, daß das Ziel, wie wir heute sagen, nicht der Sieg in einem Kriege, sondern die Verhinderung des Krieges ist.

Und nach dem 13. August? Von einer gewonnenen Klassenschlacht kündete auf dem Brandenburger Tor die Fahne der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Zerronnen waren, wie der Düsseldorfer „Industriekurier" barmte, die Träume von einer „Wiedervereinigung mit Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel".

Nicht, daß sie, drüben, sofort verstanden hätten. Die Anstifter und Macher der Anschläge gegen die DDR setzten auf neue Kampfformen des alten kalten Krieges. Die Springer-Gazetten entfachten eine wilde Hysterie. Vom 14. August an brüllten die Lautsprecher des „Studios am Stacheldraht" Tag und Nacht ihre Hetzparolen in die Hauptstadt der DDR. Aufgeputschte Rowdys randalierten. Sie warfen Steine und Brandflaschen gegen unsere Kämpfer, Volkspolizisten und Soldaten.

Trotzdem. Manche fingen an zu begreifen. „Nicht Kraftmeierei, sondern verhandeln!" hieß es in der „Frankfurter Rundschau". Der Londoner „Economist" meinte: „Ob man will oder nicht – der Westen kommt nicht um Kontakte mit Ostdeutschland herum. Der seit zwölf Jahren bestehende Boykott (ein sehr vornehmer Begriff für das, was geschehen war – H. H.) ist keine Form solcher Kontakte; er ist keine Form, die politische oder diplomatische Erfolge gezeitigt hat."

Der Ruf aus dem VEB Elektrokohle und sein Echo

Und die Berliner Arbeiter? Sie packten zu, um die von Westberlin aus angerichteten Schäden zu beheben, Verluste wettzumachen, Rückstände aufzuholen. Auch in der Elektrodendreherei des VEB Elektrokohle Lichtenberg dachten sie über Produktionssteigerung nach. Und hatten sich zuvor die Köpfe heiß geredet. Der Dreher Hans Jädicke sagte: „Als wir von unserem Kampfgruppeneinsatz zurückkamen, gab es eine grundsätzliche Diskussion aller drei Schichten über das Für und Wider der Richtigkeit der Maßnahmen unserer Regierung am 13. August. Das heißt, es entstand eine wirklich ehrliche Diskussion unter uns Arbeitern über solche Probleme wie: Arbeiter-und-Bauern-Macht, sozialistisches Eigentum, Partei ergreifen für die Maßnahmen von Partei und Regierung. Dieser ehrliche Meinungsstreit schuf Klarheit in den Köpfen der in unserer Abteilung tätigen Kollegen ..."

Das Produktionsaufgebot der Elektrodendreher, am 6. September 1961 in einer Gewerkschaftsversammlung beschlossen, enthielt diesen Satz: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld – mehr produzieren." Also disziplinierte Arbeit. Aufdecken von Reserven. Qualität. Sparsames Wirtschaften mit jeder Minute, mit jedem Gramm und mit jedem Pfennig.

Der Ruf aus dem VEB Elektrokohle fand Echo überall. Hunderttausende, ja Millionen reihten sich in das Produktionsaufgebot ein. Übernahmen konkrete Verpflichtungen. Gewiß: Es brauchte Zeit, um die Volkswirtschaft zu stabilisieren. Ihr volle Dynamik zu verleihen. Aber der Anfang war gemacht.

Und den hatten die gemacht, die in der Nacht zum 13. alarmiert worden waren. Die 2.00 Uhr ihren Kampfposten bezogen. Damit für sie und für alle hier in unserem Land normale Tage kämen ...

Appell der Berliner Kampfgruppen am 23. August 1961 in der Karl-Marx-Allee. Walter Ulbricht, Erich Honecker, Paul Verner (rechts) und Kommandeur Lobenstein schreiten die Front ab Foto: ZB